

Bei allen Planungen sollte berücksichtigt werden, daß die Geschäftsstelle nur über geringe personelle Kapazitäten verfügt, d.h. die Einbeziehung der Mitglieder (und der Wissenschaftlichen Beiräte) in die Planung und Durchführung sei notwendig.

Prof. Pascha berichtet über eine gemeinsam von der AAS und europäischen Asien-gesellschaften geplante internationale Tagung im Juni 1998, die vom IAS in Leiden betreut würde und an der sich auch die DGA beteiligen sollte.

11 Sonstiges

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Versammlungsleiter die Mitgliederversammlung.

gez. Schucher

Wirtschaftswunder ohne Grenzen? Asien zwischen Ökonomie und Ökologie

Wissenschaftliche Tagung der DGA, JDZB, Berlin, 9. bis 10. Mai 1997

Wie in jedem zweiten Jahr veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Asienkunde (DGA) auch 1997 in Verbindung mit ihrer Mitgliederversammlung eine wissenschaftliche Tagung. Nach einleitenden Worten durch Dr. Wolfgang Brenn vom Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin, dem Gastgeber, und Prof. Dietmar Rothermund für den Vorstand der DGA begann Jürgen Maier (Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn) seinen Eröffnungsvortrag über "das asiatische Wachstumsmodell: Möglichkeiten und Grenzen nachhaltiger Entwicklung" mit der ernüchternden Bilanz, daß sich im westlichen Konsumverhalten seit dem Umweltgipfel von Rio vor fünf Jahren bislang keine Konsequenzen abzeichneten; da dieses Verhalten, wie-wohl nicht überlebensfähig, auch weiterhin als Modell für die auch unter europäischer Beteiligung verlaufende Marktentwicklung in Ost- und Südostasien dient, schloß er mit der Kardinalfrage der Tagung an, ob der Planet Erde als Ökosystem den weiteren Aufschwung Asiens überhaupt verkraften könne. Seine schon in der Bilanz angeklungene negative Einschätzung dieser Frage belegte Maier anschließend für die zentralen Sektoren Energie/Emissionen und Landwirtschaft/Ernährung.

Maier rechnete detailliert vor, welche Folgen der unaufhaltsam steigende Energieverbrauch der asiatischen Region für die globale Energie- und Rohstoffsicherung haben werde, und sprach von einem "Pyrrhussieg des gängigen Entwicklungsmodells". Der Impuls für den notwendigen einschneidenden Schwenk müsse in jedem Fall von den "alten" Industrienationen des Westens ausgehen, für die der Bereich Umwelt und Ökologie allerdings bislang kein Thema ihrer Asienpolitik ist. Maier rechnete als anschauliches Beispiel vor, daß ein Einfrieren der globalen "Automobilpopulation" auf dem heutigen Stand und ein regionaler Ausgleich allein für die BRD eine Abrüstung des Bestands um vier Fünftel (von 40 auf 8 Millionen PKW) nötig mache - in einer Nation von 13 Mill. ADAC-Mitgliedern eine unvorstellbare Maßnahme. Dennoch habe das hier geltende Prinzip der Wachstums-

Wohlstandsmaximierung auf Kosten der Welt abgewirtschaftet; das Umsteuern von nachholender zu nachhaltiger Entwicklung sei unumgänglich und werde nötigenfalls durch einen globalen Verteilungskonflikt auf Kosten des Wachstums entschieden.

Im Anschluß an diese umfassende Einführung sollten drei Fallbeispiele die unterschiedlichen Problemstellungen in einzelnen asiatischen Ländern verdeutlichen. Zunächst erläuterte Eva Sternfeld (Berlin) "die Problematik energiepolitischer Großprojekte", indem sie einen ausführlichen Abriss von Stand und Vorgeschichte des Drei-Schluchten-Staudamms in China gab. Aufwand und Risiken des bislang größten Wasserkraftprojekts der Welt überwiegen laut Sternfeld den zu erwartenden Nutzen: Zur Schließung der entwicklungshemmenden Energielücke an Chinas "Goldküste" seien mehrere kleine, jedoch wesentlich schneller realisierbare Dammbauten effektiver; die unberechenbar hohe Sedimentation des Yangzi könne sowohl die Energiegewinnung als auch das Schiffshebewerk und die Wasserregulierung (Hochwasserschutz) beeinträchtigen, und das Vordringen von Salzwasser in den Mündungsbereich werde die Trinkwasserversorgung Shanghais gefährden. Hinzu kommen diverse ökologische Folgen, sowie soziale Probleme infolge des gigantischen Umsiedlungsprogrammes. Angesichts dieser Problematik scheint das Mega-projekt Sanxia als "letztes Refugium der Planwirtschaft" vor allem aus Prestige- und Propagandagründen beschlossen worden zu sein; die US Development Bank hat jedenfalls aufgrund ökologischer Bedenken den Ausstieg aus der Finanzierung des Staudamms verkündet.

Der Ethnologe Klaus Rieländer (Institut für Völkerkunde, Göttingen) referierte anschließend über "Tourismusentwicklung, Umwelt und Kultur in Bali". Nach einem geschichtlichen Abriss seit 1920 zeichnete er das ambivalente Bild einer ökonomisch unverzichtbar gewordenen Wachstumsbranche, deren kulturelle und ökologische Folgeschäden die weitere Entwicklung der rückständigen Insel aber auch zu gefährden drohen; als vordringende Umweltprobleme nannte Rieländer hier die wachsende Wasserknappheit und die Abfallentsorgung, die Folgeinvestitionen z.B. in die Aufarbeitung von Brauchwasser nötig mache. Daneben wurden auch sozio-ökonomische Folgen des Tourismus wie die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, Zuwanderung und Urbanisierung durch eine Magnetwirkung und die Verbesserung der lokalen Infrastruktur in den Tourismusegebieten genannt. Abschließend wies Rieländer darauf hin, daß Balis hohes Potential für regenerative Energieerzeugung es zum idealen Terrain für Joint Investment-Projekte des Westens mache.

Andreas Oberheitmann (RWI Essen) skizzierte im letzten der drei Fallbeispiele eine Möglichkeit, die globale Luftbelastung durch steigende Emissionen effektiver zu bekämpfen. Die "CO₂-Minderung durch Activities Implemented Jointly" werde derzeit z.B. in der VR China bereits probeweise angewandt; sie geht davon aus, daß die Belastung der Atmosphäre durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe zunehmend in den Nicht-OECD-Staaten verursacht werde, wo noch drei Viertel des Primärenergieverbrauchs durch die Kohle gedeckt werden. Die Joint Implementation versucht nun, diesem Wachstumsdilemma beizukommen, indem die Verursacher in den westlichen Industrienationen die Effizienz ihrer Maßnahmen zur Emissionsreduzierung dadurch erhöhen, daß sie sie in den technologisch rückständigeren Ländern durchführen, wo die Investition in technische Modernisierung der Anlagen eine

wesentlich größere Emissionsreduzierung ermöglichen. Eine systematische Anwendung dieser einfachen, aber institutionell noch nicht entsprechend gesicherten Maßnahme sei erst dann zu erwarten, wenn die vom Vordredner Jürgen Maier bereits für das nächste Jahrzehnt in Aussicht gestellte globale Kontrolle von Emissionsrechten durch eine internationale Umweltbehörde es ermöglicht, die Kompensation eigener Verpflichtungen in Form einer Öko-Steuer oder auch handelbarer Emissionszertifikate durch Investitionen in ökologisch günstigere Projekte im Ausland abzuleisten. Allerdings seien auch dann noch Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte nicht auszuschließen.

Nach den Fallbeispielen zu konkreten Umweltproblemen bzw. -maßnahmen stand als nächstes das Thema Umweltpolitik auf dem Programm der Tagung. Wolfgang-Peter Zingel (Südasiens-Institut in Heidelberg) erläuterte zu Beginn seines Vortrags "Umweltpolitik und wirtschaftlicher Strukturwandel in Indien" zunächst die unterschiedliche Ausgangslage der Agrarnation gegenüber den Schwellenländern Ost- und Südasiens. Zum einen sei die Umweltpolitik im Rahmen einer Ordnungs-, Steuer- und Preispolitik in den meisten Bereichen noch in der Hand der einzelnen Unionsstaaten; zum anderen sei in Indien die Landwirtschaft die Hauptquelle der Umweltprobleme, zu denen infolge enormer Produktionssteigerungen durch Intensivierung des Anbaus bei gleichbleibender Anbaufläche in erster Linie die Belastung von Boden und Wasser sowie die Bedrohung des genetischen Potentials der Pflanzen- und Tierwelt zählen. Die Erhaltung der Forste als Rohstoffquelle sowie die Gangesreinigung bieten hingegen erste Ansatzpunkte für einen Strukturwandel durch zentral gelenkte Umweltpolitik; hier ist es allerdings die lokal orientierte Chipko-Umweltbewegung, deren Widerstand die Verfügungsrechte der Zentralregierung in Frage stellt. Umweltpolitik und wirtschaftlicher Strukturwandel bedingen sich in Indien gegenseitig, so Zingel in seinem Fazit, zu fördern sei dabei weniger die Einsicht in die Zusammenhänge als vielmehr die Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen.

Drei weitere Referate beleuchteten die Umweltpolitik in Ostasien. Zunächst untersuchte Dirk Betke (TU Berlin) "die Umweltpolitik der VR China und ihre nationalen und internationalen Bestimmungsfaktoren". Je nachdem, wie man die VR China betrachte, könne man sie sowohl ein umweltpolitisches Musterland als auch einen "globalen Umweltschurken" nennen; denn einem beeindruckenden Arsenal umweltpolitischer Institutionen und Regularien stehen auf der anderen Seite wachsende Schadstoffemissionen, eine großflächige Überausbeutung von Ressourcen und die Ausdehnung der städtischen Schadstoffinseln auf die ländlichen Gebiete gegenüber. Die chinesische Umweltpolitik ist somit hochgradig ineffektiv. Die Frage nach den Ursachen beantwortete Betke einerseits mit situativen Faktoren (Wirtschaftsboom), andererseits mit den systemischen Rahmenbedingungen: Ein bürokratischer Umgang mit der Umweltproblematik auf der Basis eines fragmentierten Staatseigentums mache jede nationale Strategie nahezu wirkungslos; an der Umweltgesetzgebung bleiben die wesentlichen Akteursgruppen unbeteiligt; die Verfügungsrechte der lokalen Bürokratie über Natur und Mensch und die weitverbreitete Rentensuche machen eine dauerhafte Nutzung der Ressourcen unmöglich. An der Interessenkollektion von Industrie und Bürokratie beteiligen sich darüber hinaus auch internatio-

nale Akteure (Autoindustrie, garbage-connection). Abschließend wies Betke auf Faktoren hin, die eine Änderung herbeiführen könnten: Erstens sei der Zentralstaat durchaus in der Lage, sich durchzusetzen, wenn er dies wolle (Drei-Schluchten-Projekt), und zweitens gebe es auch Umweltkoalitionen und entstehende NROs.

Prof. Walter Schug (Universität Bonn) ging auf Taiwans Weg "vom Wirtschaftswunder zur ökologischen Krise" ein. Dabei zeichnete er in einem ersten Schritt die "Erfolgsstory" des Schwellenlandes nach, um dann in einem zweiten auf die ökologischen Folgen dieser Entwicklung einzugehen, die auf einer konsequenten Nutzung aller komparativen Vorteile beruht. Die Ressourcenbelastung auf Taiwan sei, so Schug, der auf dem Festland vergleichbar, sowohl in der landwirtschaftlichen Flächennutzung als auch in der Industrie; hinzu kämen der Binnentourismus und der (überalterte) Individualverkehr. Das Umweltbewußtsein und die Umweltpolitik steckten noch in den Kinderschuhen: Gesetze fehlen, die Umweltbehörden seien hinsichtlich ihrer Kompetenzen zersplittert und nicht durchsetzungsfähig. Kurz- und mittelfristig sei keine Änderung in Sicht, da für den Staat die Exportinteressen primär seien und Umweltschutz die komparativen Vorteile gefährde.

Im Gegensatz dazu, so führte Prof. Gesine Foljanty-Jost (Universität Halle-Wittenberg) in ihrem Beitrag zu "Umwelt und Ressourcenschutz in Japan" aus, könne das Beispiel Japan geradezu Mut machen: Obwohl Japan ein ökonomischer Frühentwickler sei, stünde es ökologisch gut da. Entscheidend dafür sei das Wechselspiel von Staat und Wirtschaft, das Frau Foljanty-Jost in drei Phasen unterteilte. Zunächst hätten beide Seiten in den 60er und 70er Jahren eine ökologische Notgemeinschaft gebildet, d.h. im Gegensatz beispielsweise zu Taiwan wurde die take-off-Phase bereits mit Umweltschutzmaßnahmen begonnen. Die Erfolge führten dann jedoch zur Ent-Thematisierung. Daß dennoch in den 80er Jahren Umweltschutz ein Gratieffekt wurde, war die Folge eines inter- und intrasektoralen Strukturwandels, der zu einer Entkoppelung von wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcenverbrauch führte. Dieser Prozeß war nicht politikinduziert, aber immer politisch gestützt. In den späten 80er Jahren kam es dann in allen Industrieländern zu einem Paradigmawechsel und es folgten in Japan eine Fülle neuer Einzelgesetze, die zusammen den Aufbau eines Umweltmanagementsystems bedeuteten, das statt auf regulative Eingriffe auf die unternehmerische Eigenverantwortung setzt. Frau Foljanty-Jost zeigte aber auch die Ambivalenz der japanischen Umweltpolitik auf. So sei z.B. die Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen regulativ nicht erfaßt und werde staatlicherseits nicht unterstützt. Auch verlagere Japan das Umweltproblem zum Teil in andere asiatische Länder und müsse jetzt darauf achten, dort sein "Öko-Image" wiederherzustellen. Lernen könnten die anderen Länder Asiens am japanischen Beispiel, daß sich ökonomische Intelligenz ökologisch auszeichnen könne.

Ein weiteres Referat hatte das internationale Umweltmanagement zum Thema. Prof. Klaus E. Rohde (Universität Bonn) befaßte sich mit den "Begünstigungen des Umweltmanagements in der ASEAN durch spezielle 'externe Ressourcen'". Begünstigung, so stellte er dabei gleich zu Beginn klar, sei keine Garantie für Verbesserung, aber eine Möglichkeit, mit Hilfe internationaler Rahmenbedingungen (Agenda 21) für die Lösung der Umweltprobleme in den Entwicklungsländern zu wirken. Er erläuterte dies vor allem an den Beispielen des Transfers von Rechtsmustern und

Technologien in die ASEAN-Länder. Entgegen großer ideologischer (Einnischung) und ökonomischer (Wettbewerbsverzerrung) Widerstände habe es faktisch seit den 60er Jahren einen Rechtstransfer aus der EU gegeben, der sich zumindest in Action Plans niedergeschlagen habe. Auch sei durch Transfer eine umweltfreundliche Gestaltung von Schlüsselprojekten und eine Verbesserung umweltrelevanter Technologien in Südostasien erfolgt. Und nicht zuletzt seien in asiatischen Organisationen (PECC, APEC) umweltschutzrelevante Task Forces gebildet worden.

Im abschließenden Beitrag zu "Asiens Umweltpolitik als Herausforderung für die Industrieländer" versuchte Prof. Johannes Küchler (TU Berlin) ein Fazit der Tagung zu ziehen. Von einer asiatischen Umweltpolitik sei man noch weit entfernt, höchstens regionale Ansätze seien zu verzeichnen. Die Tagung habe sowohl die dramatische Lage deutlich gemacht als auch gezeigt, daß ökonomischer Zwang zu Veränderungen führen könne. Generell sei das Umweltproblem das Ergebnis des bisherigen Industrialisierungsverständnisses, und die bisher erreichten "Lösungen" seien eher zeitliche und regionale Verschiebungen. Notwendig sei, den Prozeß der Industrialisierung mit einer völlig neuen Qualität weiterzuentwickeln: So müssen sich - Beispiel Metropolenbildung - Stadt und Land als komplementäre Räume verstehen lernen. Evtl. sei auch - Beispiel Energie- und Wasserversorgung - eine Abkehr vom Globalisierungsmodell erforderlich. Auf jeden Fall sei der Westen nicht glaubwürdig, solange er selbst die Probleme nicht gelöst habe. Hier seien auch die Asienwissenschaftler gefordert: Sie müßten naturerhaltende Kryptoströmungen aufdecken und unterstützen und zu einer "Ökologisierung" des wissenschaftlichen Diskurses beitragen.

Dr. Thilo Graf Brockdorff (Generalsekretär des JDZB und Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft) hob in seinem Schlußwort den hohen Informationswert der Tagung hervor und verwies auf angrenzende Aktivitäten des Zentrums (Sommerschule der EJEA, Deutsch-Japanischer Kooperationsrat für Hochtechnologie). Er lud die DGA ein, ihre nächste Mitgliederversammlung und die begleitende Tagung 1999 wieder im - dann neuen - Zentrum durchzuführen.

Die Beiträge der Tagung werden als Sammelband in der "Mitteilungsreihe" des Instituts für Asienkunde erscheinen.

Uwe Kotzel, Günter Schucher